

**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Signatur**

**B 15902**



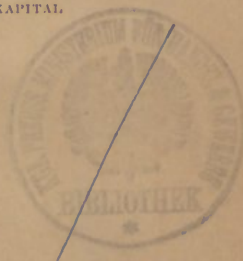
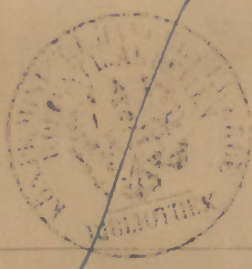


1.2.

EIN BEITRAG ZUR LÖSUNG  
DER  
STAATSPAPIERGELDFRAGE  
IM NORDDEUTSCHEN BUNDE.

MIT RÜCKSICHT  
AUF DIE REGULIRUNG DES MÜNZWESENS UND AUF DIE REFORM  
DER BANKGESETZGEBUNG IN NORDDEUTSCHLAND

VON  
FREIHERRN VON DANCKELMAN,  
HERAUSGEBER VON A. MOSER'S 'ZEITSCHRIFT FÜR KAPITAL  
UND RENTE'



LEIPZIG  
VEIT & COMP

1870.

1.3.  
ank-  
esen-  
edit-  
titate



Je  
mo  
wi  
e  
e  
m  
R

EIN BEITRAG ZUR LÖSUNG  
DER  
STAATSPAPIERGELDFRAGE  
IM NORDDEUTSCHEN BUNDE.

MIT RÜCKSICHT  
AUF DIE REGULIRUNG DES MÜNZWESENS UND AUF DIE REFORM  
DER BANKGESETZGEBUNG IN NORDDEUTSCHLAND.

VON

FREIHERRN VON DANCHELMAN,

HERAUSGEBER VON A. MOSER'S 'ZEITSCHRIFT FÜR KAPITAL  
UND RENTE'.

23 / 138

LEIPZIG  
VEIT & COMP.  
1870.

STAATSPAPIERGELDBRAGE

IN GOLDREICHEN BEZUG



VEREINIGTES DEUTSCHES KÖNIGREICH

LEIPZIG  
VERLAG VON  
F. A. BROTT



## VORWORT.

Die Lösung der Staatspapiergeldfrage in Norddeutschland hängt auf das Engste mit der bevorstehenden Reform des bisherigen Münzsystems im Norddeutschen Bundesgebiete zusammen. Nicht minder aber auch ist die in der Bundesverfassung verheissene Emanirung allgemeiner Bestimmungen über das Bankwesen hiebei von Einfluss.

Auch wir haben mit diesen beiden Factoren gerechnet, als wir es unternahmen, in den nachfolgenden Blättern — wenn auch nur in kurzgedrängter Form — einen Beitrag zur Lösung jener Frage zu liefern.

Ob der von uns angegebene Weg auch der richtige ist, das müssen wir freilich dem Urtheil der Fachgenossen überlassen.

GOtha, im Februar 1870.

Der Herausgeber.



## INHALT.

	Seite
Einleitung . . . . .	7
Einige Notizen über die Vermehrung des Staatspapiergeldes in Deutschland . . . . .	9
Darstellung der Staatspapiergeld-Verhältnisse in den zum Nord- deutschen Bunde gehörenden Staaten . . . . .	12
Die Nothwendigkeit der Regelung des Norddeutschen Staatspapier- geldwesens . . . . .	20
Die Schwierigkeit der Lösung der Staatspapiergeldfrage . . . . .	25
Betrachtungen über die Ordnung des Münzwesens innerhalb des Norddeutschen Bundes . . . . .	28
Die Mittel und Wege zur Lösung der Norddeutschen Staatspapier- geldfrage . . . . .	35
Schlussbemerkung . . . . .	47





## EINLEITUNG.

---

Das Staatspapiergeld ist, obwohl ein gesetzliches Zahlungsmittel (legal tender), doch kein Geld, sondern nur ein Surrogat desselben, ein bequemer Circulationsmittel als das Metall, oder auch anders ausgedrückt: das Versprechen einer Seitens des Staates zu leistenden baaren Zahlung, die der Inhaber des Schuldscheins (Staatsnote, Billet etc. genannt) zu jeder Zeit an gewissen Stellen (Staatskassen) einkassiren kann. Es ergibt sich daher schon aus dem Begriff des Staatspapiergeldes, dass dessen Anwendung eine nur beschränkte, eine ausnahmsweise sein kann und daher die Ausgabe desselben nur aus gewissen volkswirtschaftlichen, nicht bloß finanziellen Gründen erfolgen darf. Wir finden daher in finanziell gut situirten Staaten entweder gar kein Staatspapiergeld, wie z. B. im früheren Königreich Hannover, oder wenigstens dasselbe nur in einer solchen Menge ausgegeben, dass die Honorirung der Staatsnoten in Metall zu keiner Zeit von den Inhabern angezweifelt werden kann.

Wird hingegen in der Ausgabe von Staatsnoten kein Maass gehalten und nur der Füllung der leeren Staatskassen halber die Notenpresse in Bewegung gesetzt, so wird das eigentliche uneinlösliche Papiergeld (papier-monnaie) mit Zwangskurs geschaffen. Die Geschichte des Staatspapiergeldes lehrt, welche bedauerlichen Finanzzustände durch übermässigen und falschen



Gebrauch eines an sich zweckdienlichen Mittels in den Vereinigten Staaten von Nordamerika,<sup>1</sup> in der österreichisch-ungarischen Monarchie, im russischen Kaiserstaate und im Königreich Italien und seiner Zeit auch in der französischen Republik geschaffen worden sind. Fast ausnahmsweise ist dieser Missbrauch in Folge politischer Ereignisse, seltener aus Grund von Geld- oder Handelskrisen hervorgerufen worden.

So schnell ein Staat dem Schrecken einer Papiergeldwirthschaft verfallen kann, eben so schwer ist die Wiederherstellung der Metallwährung, wie dies die Finanzgeschichte genannter und vieler anderer Länder zeigt.<sup>2</sup> Ohne eine entscheidende Krisis herbeizuführen, ist diese Finanzoperation kaum ausführbar. Auch in Frankreich gelang die Zurückführung zur Metallzahlung dem Directorium und dem Ersten Consul nur durch Maassregeln, die streng genommen weiter nichts waren als ein maskirter Staatsbankerott.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Siehe meine Abhandlung in A. MosER's Zeitschrift für Capital und Rente. Dritter Band 1867. „Das Staatspapiergeld der Vereinigten Staaten von Nordamerika in ältester und neuester Zeit.“

<sup>2</sup> Bezüglich der Lösung der Valutafrage in Russland gibt die sehr lesenswerthe Schrift von Dr. ADOLPH WAGNER „Die russische Papierwährung“ Riga 1868, interessante Aufschlüsse.

<sup>3</sup> S. MENZEL's Geschichte von Europa Seite 224 und 389.



### Einige Notizen über die Vermehrung des Staatspapiergeldes in Deutschland.

In Deutschland (Nord- und Süddeutschland) hat man bis in die neuere Zeit hinein mit der Ausgabe von Staatspapiergeld Maass zu halten gewusst.<sup>4</sup> Ende 1865 war im Vergleich mit dem Jahre 1850 eine Abnahme von 17,<sub>37</sub> Mill. Thlr. (53,<sub>72</sub> Mill. in 1850 gegen 36,<sub>35</sub> Mill. Ende 1865<sup>5</sup>) bemerkbar. In ganz Deutschland dürften (in runder Summe ausgedrückt) zum Schlusse des Jahres 1869 58,<sub>34</sub> Mill. Thlr. emittirt worden sein.<sup>6</sup> Auch hier hing die Ausgabe von Papiergeld nicht selten mit politischen Ereignissen zusammen. So erfolgte z. B. in Preussen eine wesentliche Vermehrung desselben in den Jahren 1806 bis 1815<sup>7</sup>, desgleichen in Baden und Kurhessen in Folge des ausser-

<sup>4</sup> Eine Ausnahme möchte Anhalt-Dessau machen, wo schon zu Ende der funfziger Jahre nahezu 1 Million Thaler Kassenanweisungen circulirten.

<sup>5</sup> Nach Dr. A. WAGNER's Angaben in dessen System der deutschen Zettelbankgesetzgebung.

<sup>6</sup> WAGNER schätzt ebendasselbst den Banknotenumlauf in ganz Deutschland um 1868/69 auf 226,<sub>44</sub> Mill. Thlr.

<sup>7</sup> Bereits 1806 waren in Preussen ca. 5 Mill. Thlr. „Tresorscheine“ in Umlauf gewesen, welcher Betrag sich in Folge der kriegerischen Periode von 1806 — 1815 wesentlich erhöhte. Nach dem Staatsschuldenetat von 1820 (Gesetz vom 17. Januar 1820) betrug die unverzinsliche Papiergeldschuld noch 11,242,347 Thlr. (Vergl. A. Moser's „Kapitalanlage in Werthpapieren“ S. 123.) — Auch in Sachsen, wo bereits 1772 eine „Kassenbillettschuld“ von 2,500,000 Thlr. (vermuthlich zur Beseitigung der Nothstände in Folge des Hungerjahres 1772) kreirt worden war, hatte bis zum Abschluss des Friedensvertrags vom 18. Mai 1815 eine Vermehrung

ordentlichen Mehrbedarfs in den Bewegungsjahren 1848/50. Auch Bayern bediente sich dieses Hilfsmittels in Folge des Krieges von 1866.<sup>8</sup> Andererseits kann man auch in Deutschland mehrfache Fälle nachweisen, wo die Ausgabe von Staatspapiergeld wirklich aus rein volkswirtschaftlichen oder wenigstens rationellen finanziellen Gründen geschah. Wir wollen in dieser Beziehung folgende Beispiele anführen: die Ausgabe von unverzinslichen „Grundrentenscheinen“ im Grossherzogthum Hessen auf Grund der in den Jahren 1851, 1855 und 1857 erlassenen Gesetze behufs Erleichterung der Ablösung der Grundlasten, ferner die Ausgabe von „Darlehnskassenscheinen“ in Preussen in den Jahren 1848, 1866 und 1868 zur Beseitigung der Stockungen im Handels- und Gewerbeverkehr resp. zur Linderung der Noth in Ost- und Westpreussen, und endlich die Ausgabe von Kassenscheinen zu Eisenbahnzwecken in mehreren der thüringischen Kleinstaaten. Als Beispiel, wo Papiergeldemissionen den Charakter einer einsichtsvollen Finanzwirthschaft getragen haben, erwähnen wir die im Königreich Sachsen während der Finanzperioden von 1840/42, 1843/45 und 1846/48 erfolgte Ausgabe von 3,000,000, 1,000,000 und 3,000,000 Thaler Kassenscheinen.<sup>9</sup>

Seit 1865 ist wiederum eine ansehnliche Vermehrung des Staatspapiergeldes eingetreten. Lassen wir hier die in Süd-

---

des Staatspapiergeldes bis zur Höhe von 5 Mill. Thlr. stattgefunden. (Vergl. „Das Staatsschuldwesen des Königreichs Sachsen“ in der Wissenschaftlichen Beilage der Leipziger Zeitung Nr. 73, Jahrgang 1869, und A. Moser's „Kapitalanlage“ S. 207).

<sup>8</sup> In Sachsen wurde die Regierung schon vor Ausbruch des Krieges ermächtigt, die Papiergeldschuld von 7,000,000 Thlr. bis auf 10,781,000 Thlr. zu vermehren (vergl. ständische Schrift vom 13. Juni 1866). Da dieser erhöhte Betrag auch während des Krieges mit Leichtigkeit im Umlauf zu erhalten war, so wurde in der ständischen Schrift vom 2. Februar 1867 eine weitere Erhöhung bis auf 12,000,000 Thaler gutgeheissen.

<sup>9</sup> Vergl. die in Note 7 citirte Nr. 73 der Wissenschaftlichen Beilage der Leipziger Zeitung.



deutschland erfolgten Ausgaben unerwähnt und bleiben nur bei den in Norddeutschland erfolgten Emissionen stehen, so entnehmen wir einer amtlichen Mittheilung des Bundes-Kanzleramtes im preussischen Staatsanzeiger vom 23. December 1869, dass gegen Ende 1869 der Gesamtbetrag des emittirten Papiergeldes in Norddeutschland sich auf 42,652,742 Thaler belaufen hat. Aus derselben Quelle entnehmen wir ferner, dass die Vermehrung seit 1867 — wo sich die gesammte Emission von Staatsnoten auf 38,245,460 Thaler bezifferte — 4,407,282 Thaler betragen habe.

Ehe wir nun zu einer Erörterung über die Lösung der Norddeutschen Staatspapiergeldfrage selbst übergehen, wollen wir zunächst eine kurze Darstellung der Staatspapiergeldverhältnisse in den 22 verschiedenen Staaten des Norddeutschen Bundes folgen lassen. Um nun diese unsere Darstellung noch anschaulicher zu gestalten, haben wir bei jedem einzelnen Staate dessen Grösse und Einwohnerzahl nach den neuesten Ermittlungen<sup>10</sup> angegeben.

Vorausschicken wollen wir, dass folgende zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten bis Ende 1869 noch kein Staatspapiergeld kreirt haben: Lippe-Detmold und die freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck.

<sup>10</sup> Nämlich nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 3. December 1867 und den statistischen Angaben im Gothaischen Hofkalender Jahrgang 1870.



## Darstellung der Staatspapiergeld-Verhältnisse in den zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten.<sup>11</sup>

1. **Preussen.** 6396,<sub>341</sub> □M. mit 24,039,543 Einwohner. Die Staatspapiergeldschuld beträgt seit Erlass des Gesetzes vom 29. Februar 1868<sup>12</sup>: 18,250,000 Thaler. Die Kassenanweisungen lauten auf 1 Thaler (7,850,000 Thaler) und 5 Thaler (10,400,000 Thaler), datiren vom 13. Februar 1861 resp. 15. December 1856 und sind als unverzinsliche Staatsschuld garantirt. Einlösungsstellen sind: die Generalstaatskasse in Berlin und das Realisations-Comptoir der Staatsschulden-Verwaltung. Sie werden an allen Staatskassen angenommen, haben aber keinen Zwangskurs.

Ausserdem circulirten noch am 31. Januar 1870 für 2,212,243 Thaler „Darlehnskassenscheine“ in Stücken von 10, 5 und 1 Thaler vom 19. Mai 1866 resp. 2. Januar 1868 auf Grund des Gesetzes vom 23. December 1867, welche von Beginn des Jahres 1871 ab zurückgezogen werden müssen, zum Theil auch bereits eingezogen sind, da ursprünglich 2,228,000 Thaler ausgegeben waren. Auch diese Scheine sind an allen Staatskassen einlösbar und haben ebenfalls keinen Zwangskurs.

2. **Sachsen** (Königreich). 271,<sub>83</sub> □M., 2,423,401 Einwohner. 12,000,000 Thaler Staatspapiergeld in Circulation und 6,000,000 Thaler in Reserve behufs Einlösung defekter

<sup>11</sup> Wir haben hierbei NOBACK's Börsenbuch, HEINZE's neueste Geldliste pro 1870 und die Angaben in der Berliner Börsenzeitung und in der finanziellen Chronik der Zeitschrift für Kapital und Rente benutzt. Wo diese Quellen uns im Stiche liessen, haben wir um amtliche Auskunft gebeten und, wie wir hier nicht verfehlen wollen zu rühmen, auch bereitwilligst erhalten.

<sup>12</sup> Gesetz „betreffend die künftige Behandlung der auf mehreren der neuerworbenen Landestheile lastenden Staatsschulden und die Ausgabe von Kassenanweisungen zum Betrage von 2,407,653 Thlrn. (Vergl. Gesetzsammlung Jahrgang 1868 S. 163.

Exemplare. Es kursiren „Kassen-Billets“ à 50, 20, 10, 5 und 1 Thaler vom 6. September 1855 und à 10, 5 und 1 Thaler vom 2. März 1867. Dieselben bilden einen integrierenden Theil der sächsischen Staatsschuld. Einlösungsstellen sind die Hauptstaatskasse in Dresden und die Lotterie-Darlehnskasse in Leipzig. Alle Staatskassen nehmen die Kassen-Billets zum Nennwerthe an.

3. **Mecklenburg-Schwerin.** 244,<sub>12</sub> □M., 560,618 Einwohner. Die dortige Papiergeldschuld ist nicht als eine eigentliche Landesschuld, sondern vielmehr als eine Grossherzogliche Privatschuld, für welche die Domanialeinkünfte haften, anzusehen. Sie ist begründet auf eine landesherrliche Verordnung vom 24. Juni 1868, welche aber erst am 17. November 1869 publicirt worden ist, und beträgt 2,000,000 Thaler.<sup>13</sup> Zur Ausgabe gelangen die „Renterei-Anweisungen“ in Appoints von 25 Thlrn. (1,400,000 Thlr.), 50 Thlr. (300,000 Thlr.) und 100 Thlr. (300,000 Thlr., welche am 1. Juli 1873 mit 2% Zinsen per Jahr eingelöst, in der Zwischenzeit mit Zinsen pro rata temporis, nach dem 1. Juli 1873 aber nur bis 30. Juni 1877 zu dem Werthe vom 1. Juli 1873 bei allen landesherrlichen und nach einer Notiz in Nr. 20 Jahrgang 1870 der Berliner Börsenzeitung auch bei den ständischen Kassen Annahme finden. Ob die dortigen Bundeskassen diese Renterei-Anweisungen in Zahlung nehmen werden, ist uns nicht bekannt. Als Auswechsellungskasse ist neuerdings die Mecklenburgische Lebensversicherungs- und Ersparniskasse in Schwerin bezeichnet worden.

4. **Mecklenburg-Strelitz.** 49,<sub>19</sub> □M., 98,770 Einwohner. 500,000 Thaler „Rentei-Kassenscheine“ vom 1. Juni 1866 datirend, und zwar 100,000 Thaler in Appoints zu 25 Thaler, 300,000 Thaler zu 10 Thaler und 100,000 Thaler zu 5 Thaler.

<sup>13</sup> In der unten nachfolgenden Zusammenstellung sind diese 2 Mill. Thaler Papiergeld nicht mit aufgeführt worden, weil dasselbe gegen Ende 1869 noch gar nicht oder nur in geringen Beträgen in Kurs gesetzt war.



Diese Papiergeldschuld beruht auf der landesherrlichen Verordnung vom 29. December 1866 und ist auf die Domaineneinkünfte fundirt. Nachdem sich der Grossherzog bei der projectirten Berlin-Strelitzer-Stralsunder Eisenbahn mit einer Zeichnung von 850,000 Thalern Stammaktien betheiligte hatte, war diese Papiergeldemission „zur Erleichterung der darnach von der grossherzoglichen Rentei in rascher Folge zu leistenden Einzahlungen, sowie zur Förderung des Geldverkehrs im Lande“ bestimmt. Einlösungsstellen sind: die Rentei zu Neustrelitz und die Hauptkasse in Schönberg, woselbst dieselben nach obiger Verordnung zu jeder Zeit<sup>14</sup>, aber nur in Beträgen von 50 Thalern in Silber, umgewechselt werden können. Die Tilgung dieser von den landesherrlichen Kassen in Zahlung zu nehmenden Scheine sollte durch die Erträge der von der Berlin-Stralsunder Eisenbahngesellschaft zu zahlenden Steuern resp. aus dem Ertrage des vierten Theiles der von dem Grossherzog gezeichneten Aktien bestritten werden. Jene Bahn ist aber bekanntlich bis jetzt nur Projekt geblieben. Eine zweite Emission von 300,000 Thalern<sup>15</sup> Rentei-Kassenscheinen, wovon 200,000 Thaler zu 25 Thaler, 50,000 Thaler zu 10 Thaler und 50,000 Thaler zu 5 Thlr. hat laut Verordnung vom 29. Juni 1868 stattgefunden. Die Scheine tragen den Datum der Verordnung.

5. **Oldenburg.** 116,22 □M., 315,622 Einwohner. In Oldenburg existirt erst seit 1869 eine Staatspapiergeldschuld, indem der Staat der Oldenburger Bank, welche am 15. Januar 1869 ihre Geschäftsthätigkeit eröffnet hat, die Emission von Bank-

<sup>14</sup> Einer späteren Verordnung zufolge werden als Zeit der Einwechsellung die gewöhnlichen Dienststunden bei den genannten Kassen von 10 bis 1 Uhr Vormittags bezeichnet. S. „Grenzboten“ Jahrgang XXVIII Nr. 45.

<sup>15</sup> S. „Grenzboten“ Nr. 45. — In der nachfolgenden Zusammenstellung sind diese 300,000 Thaler nicht enthalten.

noten bis zur Höhe von 2,000,000 Thalern gestattet hat, für welche der Staat als Selbstschuldner die Garantie übernommen hat. Die Bank hat zur Sicherheit des Staates einen unter Verschluss desselben stehenden Realisationsfonds bestellt, der zu jeder Zeit für die im Umlauf befindlichen Noten  $\frac{2}{3}$  in Silber oder Gold und  $\frac{1}{3}$  in Wechseln und leicht zu realisirenden Effekten enthalten muss. Die „Oldenburgischen Landesbanknoten“ datiren vom 1. Januar 1869 und sind 1,400,000 Thaler à 10 Thaler und 600,000 Thaler à 5 Thlr. kreirt worden.

6. **Sachsen-Weimar.** 66,<sub>03</sub> □M., 283,044 Einwohner. Die unverzinsliche Papiergeldschuld besteht aus 600,000 Thalern und ist auf Grund des Gesetzes vom 27. August 1847 durch ein Darlehn veranlasst worden, welches der Thüringischen Eisenbahngesellschaft in Höhe von 1 Mill. Thlr. von den Regierungen von Weimar mit 600,000 Thlr. und von Gotha mit 400,000 Thlr. gewährt worden ist. Die gegenwärtig circulirenden „Kassenanweisungen“ datiren vom 20. April 1859 und sind in Appoints von 1 und 5 Thalern ausgegeben worden. Sie werden bei allen öffentlichen Kassen in Zahlung angenommen und von der Hauptstaatskasse in Weimar resp. in kleineren Beträgen auch von den Landeskassen eingelöst.

7. **Herzogthum Braunschweig.** 67,<sub>022</sub> □M., 302,792 Einwohner. Nach § 15 des Herzoglich Braunschweigischen Gesetzes vom 20. August 1867, die Reform der Herzoglichen Leihhaus-Anstalt in ihrer Eigenschaft eines unter der Gewähr des Staates stehenden Landes-Credit-Instituts betreffend, ist genannte Anstalt befugt, unverzinsliche „Kassenscheine“ bis zum Gesamtbetrage von 1 Mill. Thlr. in Einzel-Beträgen von 1 und 10 Thlr. auszugeben, welcher Gesamtbetrag aber nicht überschritten werden darf. Gegenwärtig sind hiervon 600,000 Thaler im Umlauf. Die Kassenscheine (welche nicht die Natur eines Papiergeldes haben) sind bei allen öffentlichen Kassen nach ihrem Nominalwerthe in Zahlung anzunehmen und



auf Anfordern des Inhabers von den Leih- und Kreiskassen des Landes gegen baares Geld einzulösen. Wegen etwa verloren gegangener Kassenscheine findet ein Amortisationsverfahren nicht statt.

8. **Anhalt (Dessau-Köthen-Bernburg).** 42,<sup>183</sup> □M., 197,041 Einwohner. Die Papiergeldschuld beträgt 950,000 Thaler und beruht auf den Gesetzen vom 1. October 1855 und vom 20. Juni 1859. Die „Kassenanweisungen“ vom 10. Mai 1861 und 1. August 1866 lauten auf 1 Thlr. Dieselben haben Zwangskurs und werden an allen Staatskassen in Zahlung angenommen. Einlösungsstelle ist die Regierungs-Hauptkasse in Dessau. Zur Sicherheit derselben sind Domänen verpfändet und ein Baarfonds von  $\frac{1}{6}$  des im Umlauf befindlichen Betrages vorhanden.

9. **Waldeck.** 20,<sup>359</sup> □M., 56,807 Einwohner. Die Papiergeldschuld beträgt gegenwärtig noch 210,000 Thaler in „Kassenanweisungen“ vom 13. November 1854. Zur Sicherheit sind Rentenbriefe deponirt. Die Scheine haben Zwangskurs und werden an allen Staatskassen zum Nennwerthe angenommen. Einlösungsstelle ist die Hauptkasse in Arolsen.

10. **Sachsen-Meiningen.** 44,<sup>97</sup> □M., 180,335 Einwohner. Die unverzinsliche Schuld in „Kassenanweisungen“ à 1 und 10 Thaler vom 24. Mai 1849 resp. 31. Mai 1856 bezifferte sich 1869 auf 1,049,996 fl. rh. oder abzüglich des vorhandenen Einlösefonds von 648,393 fl. auf 401,603 fl.<sup>16</sup> Die Scheine sind gesetzliches Zahlungsmittel, haben ihre Einlöseungskasse bei der Staatsschuldentilgungskasse in Meiningen und werden an allen öffentlichen Landeskassen in Zahlung genommen.

11. **Sachsen-Coburg-Gotha.** 35,<sup>772</sup> □M., 168,735 Einwohner. Die Finanzen von Coburg und Gotha sind bekanntlich getrennt.

<sup>16</sup> In der nachfolgenden Zusammenstellung figurirt die Meiningensche Papiergeldschuld mit 600,000 Thalern.

Gotha hat eine Papiergeldschuld von 400,000 Thalern, welche, wie oben Seite 15 erwähnt, aus dem in Gemeinschaft mit dem Grossherzogthum Weimar der Thüringischen Eisenbahngesellschaft gemachten Darlehen von 1,000,000 Thalern herrührt. Die gegenwärtig kursirenden „Kassenanweisungen“ à 1 und 5 Thaler wurden unter dem 12. Juli 1860 ausgefertigt und sind ein gesetzliches Zahlungsmittel. Einlösungsstelle ist die Staatskasse in Gotha.

Coburg besitzt eine Papiergeldschuld in „Kassenanweisungen“ vom 2. Januar 1849 à 1 Thaler im Gesamtbetrage von 200,000 Thalern. Dieselben sind ebenfalls gesetzliches Zahlungsmittel und werden bei der Landeshauptkasse in Coburg eingelöst.

12. **Sachsen-Altenburg.** 24 □M., 141,426 Einwohner. Die Papiergeldschuld besteht in 485,600 Thalern „Kassenanweisungen“ und zwar 146,300 Thlr. in Kassenanweisungen à 1 Thaler vom 16. Juli 1848 und 339,300 Thaler in dergleichen à 10 Thaler vom 11. November 1858. Dieselben haben Zwangsumlauf. Einlösungsstellen sind: die Finanzhauptkasse resp. die Landesbank in Altenburg, sowie jedes Herzogliche Steuer- und Rentamt.

13. **Schwarzburg-Rudolstadt.** 17,<sub>58</sub> □M., 75,116 Einwohner. Die Papiergeldschuld beziffert sich auf 350,000 fl. rh. = 200,000 Thaler in „Kassenanweisungen“. Die Appoints à 1 Thaler und 10 Thaler datiren vom 30. Mai 1851 resp. vom 1. December 1855. Die Scheine sind gesetzliches Zahlungsmittel und werden bei der Hauptlandeskasse in Rudolstadt eingelöst.

14. **Schwarzburg-Sondershausen.** 15,<sub>63</sub> □M., 67,533 Einwohner. Auf Grund des Gesetzes vom 25. Februar 1866 sind für 50,000 Thaler neue „Kassenanweisungen“ in Appoints von 1 Thaler in Umlauf gesetzt worden und sind dieselben gesetzliches Zahlungsmittel. Einlösungsstelle ist die Hauptstaatskasse in Sondershausen.



15. **Reuss ältere Linie** (Greiz). 4,<sub>99</sub> □M., 43,889 Einwohner. Die Papiergeldschuld beträgt 130,000 Thaler in „Kassenscheinen“ à 1 Thaler vom 22. April 1863. Dieselben haben Zwangskurs. Einlöschungskasse ist die Landeskasse in Greiz.

16. **Reuss jüngere Linie** (Gera). 15,<sub>06</sub> □M., 88,097 Einwohner. Die Papiergeldschuld von 320,000 Thalern besteht aus „Kassenanweisungen“ in Abschnitten à 1 Thaler vom 7. Januar 1860. Sie sind gesetzliches Zahlungsmittel und werden von der Geraer Bank eingelöst.

17. **Schaumburg-Lippe**. 8,<sub>05</sub> □M., 31,186 Einwohner. Die Papiergeldschuld beträgt 372,000 Thaler in „Kassenanweisungen“ à 10 Thaler. Sie werden von den Landeskassen in Zahlung genommen und ist eine besondere Sicherheit nicht bestellt. Einlöschungskasse ist die fürstliche Rentkammer in Bückeburg.

18. **Grossherzogthum Hessen**. 139,<sub>646</sub> □M., 823,138 Einwohner. Hiervon entfallen auf den Norddeutschen Bund 60,<sub>19</sub> □M. und 257,479 Einwohner. Die gesammte Papiergeldschuld beträgt 4,300,000 Gulden rheinisch oder 2,457,142 Thaler und war zum Theil zur Einlösung der seit 1. Juli 1868 als Zahlungsmittel unzulässig gewordenen „Grundrentenscheine“ bestimmt. Die gegenwärtigen „Kassenscheine“ datiren vom 1. Juli 1865 und sind in Abschnitten von 1, 5, 10 und 50 fl. ausgefertigt worden. Eine Einlöschungskasse ist nicht vorhanden, doch werden die Scheine an allen Landeskassen statt baares Geld in Zahlung genommen.

In der nachstehenden Tabelle geben wir noch eine summarische Uebersicht, wie die oben erwähnten, Ende 1869 im Umlauf gewesenen, 42,652,742 Thaler Staatspapiergeld sich auf die einzelnen Staaten vertheilt haben. Gleichzeitig haben wir das ohngefähre Procentverhältniss angegeben, welches auf den Kopf der Bevölkerung jedes Staates entfällt.

# **Nachweisung** der Papiergeld-Emissionen der Staaten des Norddeutschen Bundes am Schlusse des Jahres 1869.

Nro	Bundesstaaten.	Es sind emittirt in Thalern.	Auf den Kopf der Bevölkerung in 0/10 circa.	Bemerkungen.
1.	Preussen . . . . .	18,250,000 2,228,000	0,75	s. u. Bemerkung. Darlehnskassenscheine s. o. S. 12.
2.	Sachsen . . . . .	12,000,000	4,95	s. u. Bemerkung.
3.	Hessen . . . . .	2,457,142	2,98	oder 4,300,000 fl. südd. W.
4.	Mecklenburg-Schwerin . . .	—		vergl. o. S. 13.
5.	Sachsen-Weimar . . . . .	600,000	2,11	
6.	Mecklenburg-Strelitz . . .	500,000	5,16 resp. 8,08	vergl. unsere Angabe auf S. 13.
7.	Oldenburg . . . . .	2,000,000	6,38	eigentl. Banknoten unter Gewähr des Staates s. o. S. 14
8.	Braunschweig . . . . .	600,000	1,88	
9.	Sachsen-Meiningen . . . . .	600,000	3,82	
10.	Sachsen-Altenburg . . . . .	485,600	3,143	
11.	Sachsen-Coburg-Gotha . . .	600,000	3,768 resp. 4,22	
12.	Anhalt . . . . .	950,000	4,180	
13.	Schwarzburg-Rudolstadt . .	200,000	2,66	
14.	Schwarzburg-Sondershausen	150,000	2,22	
15.	Waldeck . . . . .	210,000	3,09	
16.	Reuss ä. L. . . . .	130,000	2,04	
17.	Reuss j. L. . . . .	320,000	3,63	
18.	Schaumburg-Lippe . . . . .	372,000	11,02	
19.	Lippe-Detmold . . . . .	—		
20.	Lübeck . . . . .	—		
21.	Bremen . . . . .	—		
22.	Hamburg . . . . .	—		

Summa: 42,652,742 wie oben.

Bemerkung. Ausser diesem Staatspapiergeld ist noch folgendes Privatpapiergeld im Umlauf:

- a) in Preussen 205,000 Thaler Kämmererscheine der Stadt Hannover (ursprünglicher Betrag) und
- b) in Sachsen 500,000 Thaler Einthalerscheine der Leipzig-Dresdner Eisenbahncompagnie.



### Die Nothwendigkeit der Regelung des Norddeutschen Staatspapiergeldwesens.

Wenn auch die vorstehende Darstellung der Staatspapiergeld-Verhältnisse in den zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten, namentlich was die näheren rechtlichen Verhältnisse der Scheine betrifft, noch nicht erschöpfend ist, so geht doch wenigstens Zweierlei aus derselben hervor, was schon an und für sich selbst die Staatspapiergeldfrage in Norddeutschland zu einer brennenden macht.

Zunächst fällt die hohe Ziffer ins Auge, welche die Papiergeldschuld einzelner Staaten, besonders die der Kleinstaaten erreicht hat, nicht so die Gesamtsumme der Papiergeldschuld. Obgleich auch diese einen namhaften Betrag repräsentirt, so ist, wie wir schon oben bemerkt haben, doch gegen früher hin eine Abnahme der Gesamtausgabe an Staatspapiergeld in Norddeutschland zu constatiren, denn im Jahre 1850 waren circa 8 Millionen Thaler mehr im Umlauf als gegenwärtig. Während bei Preussen nur  $\frac{3}{4}$  Thaler Staatspapiergeld pro Kopf entfallen, so hat z. B. dagegen das kleine Reuss (ältere Linie) nahezu 3 Thaler pro Kopf emittirt. Das sind gewiss unnatürliche Verhältnisse, wenn man auch beschönigend annehmen will, dass ein Theil der kleinstaatlichen Scheine in Preussen und Sachsen circuliren. Bei einer andauernden Krise würde aber das dann unvermeidliche starke Rückströmen derselben sehr unliebsam werden. Auch das Königreich Sachsen hat ohne Hinzurechnung der von der Leipzig-Dresdner Eisenbahncompagnie emittirten 500,000 Thaler fast 5 Thaler Papiergeld pro Kopf seiner Bevölkerung ausgegeben. Hier liegen die Verhältnisse aber doch anders als in Greiz, so dass eine so starke Staatspapiergeldemission weniger Bedenken erregt. Sachsen ist bei seiner starken Industrie und bei seinem lebhaften Handelsverkehre allerdings vieler Circulationsmittel bedürftig, so dass dort selbst

bei dem nebenhergehenden ansehnlichen Umlauf von Banknoten (einheimischen und fremden) die Gefahr geringer als anderwärts anzuschlagen ist. War doch selbst während des allerdings nur kurzen Krieges von 1866, wie wir oben gesehen haben, die damals ausgegebene doch ebenfalls sehr ansehnliche Quote von 10,780,000 Thalern mit Leichtigkeit im Umlauf zu erhalten gewesen. Gewissermaassen, so möchte man behaupten, hat das sächsische Staatspapiergeld die Feuerprobe bestanden. Man muss aber bei dieser hohen Quote auch noch berücksichtigen, dass nicht nur ein beträchtlicher Theil derselben in der benachbarten Provinz Sachsen und in den thüringischen Ländern verbreitet ist, anderen Theils auch sächsische Scheine, gleich den preussischen, in Süddeutschland gern acceptirt werden. In den eben genannten Landestheilen ist aber ein *embarras de richesse* von Papiergeld vorhanden, wie wohl in keinen anderen Gebieten des Norddeutschen Bundes. In der Mitte Deutschlands gelegen, strömt, wie wir aus eigener Wahrnehmung wissen, von allen Seiten dort Staatspapiergeld und Noten zusammen, so dass zeitweise im Privatverkehr Silber zur ordentlichen Rarität wird. Daher kam es auch, dass gerade in den thüringischen Fürstenthümern im Jahr 1866 der Credit des Staatspapiergeldes mehr als in jedem anderen Theile Deutschlands geschädigt wurde. Namentlich Meiningensche Kassenanweisungen, welche das grosse Publikum vielfach mit den ausserhalb Meiningen nicht einlösbaren Noten der dortigen Bank verwechselte, gingen nicht unbeträchtlich unter den Nennwerth. Die Furcht des Publikums vor dem kleinstaatlichen Papiergeld wurde in jenen Tagen von gewinnsüchtigen kleinen Bankiers noch künstlich genährt und natürlich weidlich ausgebeutet.<sup>17</sup> Fälle, dass Landleute selbst preussische Scheine

<sup>17</sup> Siehe hierüber unsere Abhandlung „Kriegskurse“ in der Zeitschrift für Kapital und Rente Bd. VII, S. 272.



mit 10 Silbergroschen Verlust pro Thaler bei gewissen Bankiers verwerthet haben, sind in jener Sturm- und Drangperiode nicht selten vorgekommen. Solche Zeiten können aber wiederkommen und darum müssen Vorkehrungen getroffen werden, dass einer Vermehrung des Papiergeldes, namentlich Seitens der schon stärker belasteten Kleinstaaten, Einhalt gethan werde.

Ein zweiter Punkt, welcher gerechtes Bedenken erregt, ist der, dass für einen grossen Theil der Staats-Kassenscheine nicht eine besondere Sicherheit bestellt oder wenigstens, wie es in Preussen geschehen ist, nicht die Staatsgarantie ganz ausdrücklich ausgesprochen ist. Die Mecklenburgischen Rentenscheine sind nicht einmal Staatspapiergeld, sondern nur Privatpapiergeld des Landesherrn. Ferner sind auch nur in sehr wenig Staaten Vorkehrungen zu einer regelmässigen allmählichen Tilgung getroffen. Es ist freilich bequemer, diese unverzinsliche Schuld fortbestehen zu lassen, als an eine Fundirung oder geregelte Amortisation derselben zu denken. *Après nous le déluge!*

Zu den vorstehend besprochenen Gründen, eine recht baldige Regulirung der Norddeutschen Papiergeldfrage lebhaft wünschen zu müssen, gesellen sich noch andere, die vielleicht weniger Bedeutung haben, auf deren schnelle Beseitigung gerade aber das grosse Publikum mehr Gewicht noch legt, als der Fachmann. Man kann wohl behaupten, dass gerade diese — wir möchten sagen — äusserlichen Gründe es sind, welche mehr zur Entstehung der „Papiergeldfrage“ als jene zwei beigetragen haben.

Diese Gründe nun sind zu bekannt, als dass wir hier dieselben weitläufig auseinanderzusetzen brauchten. Wir wollen daher an dieser Stelle nur die weiteren Uebelstände des Norddeutschen Staatspapiergeldes im Allgemeinen angeben. Zunächst ist es die Unmöglichkeit, die Mehrzahl der Kassenscheine wegen Mangels an Auswechselungskassen ausserhalb ihrer

Heimath gegen Metall umwechseln zu können. Daher die häufigen Verluste, welche das Publikum durch ihre Annahme erleidet. Ferner ist das geringe Circulationsgebiet der kleinstaatlichen Scheine Ursache der zeitweise eintretenden Ueberschwemmung einzelner Gegenden mit einer bestimmten Sorte Papiergeld, in Folge dessen das periodische Verschwinden alles Silbers aus dem Verkehr. Gleiche Beobachtungen hat man aber, wie wir nebenbei bemerken wollen, auch mit den Noten der Mitteldutschen Zettelbanken gemacht. Weiter ist das in einzelnen Staaten geltende Verbot, „ausländische Kassenanweisungen“, d. h. die von den nächsten Nachbarstaaten emittirten, in Beträgen unter 10 Thalern nicht ausgeben zu dürfen, für Handel und Wandel sehr störend, wie auch durch nicht gehörige Bekanntmachung von ausser Umlauf gesetztem Papiergeld leicht Einbussen erfolgen. Endlich ist es namentlich der desolatte und schmutzige, förmlich Ekel erregende Zustand einiger Sorten kleinstaatlichen Papiergeldes, der dem Publikum den Verkehr mit Staatspapiergeld ganz besonders verleidet hat. Man denke an die fameuse „Musterkarte norddeutschen Papiergeldes, welche der Abgeordnete BRAUN (Hersfeld) in der Reichstagssitzung vom 12. Juli 1869 auf den Tisch des Hauses niederlegte und dadurch der erheiterten Versammlung die Dringlichkeit seines Antrags (s. u.) ad oculos schlagend demonstirte.

Schon längst ist in der Presse, durch die Handelskammern, namentlich die mitteldutschen und rheinisch-westphälischen, in den Landesvertretungen und von einzelnen Regierungen<sup>18</sup> auf die Nothwendigkeit der Regulirung der Deutschen Staatspapiergeldfrage hingewiesen worden. Die Zeit vor 1866 war aber nicht danach angethan, diese Frage zu ordnen und waren

<sup>18</sup> Baden z. B. stellte in dieser Beziehung bereits im Jahre 1855 bei den Zollvereinsregierungen mittelst Circulair den Antrag, eine Convention zur Regelung des Papiergeldwesens zu schliessen.



auch schon wegen Süddeutschland und Oesterreich die Schwierigkeiten der Regulirung grösser als gegenwärtig. Erst die am 26. Juli 1867 publicirte „Verfassung des Norddeutschen Bundes“ ist die geeignete Handhabe geworden, denn nach § 4 alinea 3 derselben unterliegt auch die Ordnung „der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde“ der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes.

Auch der Reichstag zögerte nicht, die Nothwendigkeit einer baldigen Regulirung dieser Angelegenheit zu betonen und nahm in seiner Sitzung vom 2. Juni 1869 folgenden Antrag des Abgeordneten BRAUN (Hersfeld) und Genossen an:

„Der Reichstag wolle beschliessen: den Herrn Bundeskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldthunlichst eine Gesetzentwurf vorzulegen, welche, in Ausführung des Art. 4 der Bundesverfassung Normativbestimmungen über die Ausgabe von Staatskassenscheinen der Norddeutschen Bundesstaaten, insbesondere über die Höhe des auszugebenden Betrags im Verhältniss zur Bevölkerungsziffer, über eine gemeinschaftliche äussere Form der Staatskassenscheine und eine Kontrolle des Bundes, sowie über Annahme derselben in allen Bundeskassen enthält.“

Erneute Vorstellungen in dieser Beziehung sind seitdem von mehreren Seiten gemacht worden.<sup>19</sup> So namentlich in der sächsischen II. Kammer (Sitzung vom 20. December 1869) die Anfrage des Abgeordneten Dr. BIEDERMANN über den Stand

<sup>19</sup> Z. B. die Petition an den Bundesrath von den auf der Leipziger Messe beschäftigten Firmen, in welcher um Regulirung resp. Beseitigung der Papiergeldüberschwemmung gebeten wurde. — Es ist richtig, dass gerade die während der Messen in Leipzig dort mit fas und nefas circulirenden verschiedenen Geldsurrogate dem handeltreibenden Publikum viel Aerger und Schaden bereiten.

und die Aussicht in dieser Angelegenheit. Aus der Beantwortung dieser Frage durch den Finanzminister Freiherrn von FRIESEN ging hervor, dass die sächsische Regierung zur Erledigung der Papiergeldfrage mehrmals beim Bundesrathe die Initiative ergriffen habe.

### Die Schwierigkeit der Lösung der Staatspapiergeldfrage.

Die Nothwendigkeit der Lösung wird allgemein anerkannt, weniger wohl aber die Schwierigkeit dieser Aufgabe.

Wir deuteten bereits in der Vorrede zu diesen Blättern darauf hin, dass zwei andere Fragen gleichzeitig mit der Lösung der Staatspapiergeldfrage collidirten, nämlich die gegenwärtig auf der Tagesordnung stehende Münzfrage und die auch ihrer baldigen Erledigung harrende Bankfrage.

Dass durch dieses Zusammentreffen die Lösung der Staatspapiergeldfrage bedeutend erschwert wird, versteht sich von selbst. Hätte man in früheren Jahren, wenigstens in Norddeutschland, den Versuch gemacht, durch Separatverträge eine Regelung derselben vorzunehmen, so hätte man weder auf eine Münz- noch Bankfrage Rücksicht zu nehmen gebraucht, da diese Fragen vor 1866 wenigstens noch nicht zu den dringendsten gehörten. Wenn auch die Bankfrage, wie wir gern zugeben wollen, bei Regulirung des Staatspapiergeldwesens nur eine secundäre Rolle spielt, so muss dagegen der Münzfrage, wenigstens nach unserem Dafürhalten, hierbei ganz besonders Rechnung getragen werden. Es würde gewiss nicht weise sein, die Regelung der Ausgabe von Staatskassenscheinen innerhalb des Norddeutschen Bundes schon jetzt definitiv zu regeln, ohne auf die daneben hergehende baldigst zu erwartende Ordnung des Münzwesens im Norddeutschen Bunde, wenn nicht in ganz



Deutschland, Rücksicht zu nehmen. Ein einziges Beispiel möge die Richtigkeit unserer Behauptung erweisen. Wir nehmen an, der Reichstag entschiede sich bei einer endgültigen Behandlung dieser Angelegenheit für Einführung einer einheitlichen Staatskassenscheincirculation innerhalb des Norddeutschen Bundes (im Sinne des vorerwähnten BRAUN'schen Antrags). Dieselben würden natürlich unter den jetzt noch geltenden Münzverhältnissen auf Thalerwährung lauten. Kurz darauf käme dann auch die Münzfrage zum Austrag. Niemand kann jetzt schon mit Bestimmtheit wissen, auf welche Weise. Möglicherweise geht man zur Goldwährung und zu einer anderen Münz- und Rechnungseinheit über. Dann wären die Kosten für die Herstellung eines einheitlichen Staatspapiergeldes vergebens gemacht worden. Wer sein Haus in kurzer Zeit umzubauen beabsichtigt, wird dasselbe gewiss nicht mehr innerlich ausschmücken lassen. Es ist ja auch im praktischen Leben nicht Gebrauch, die Nachbildung einer Sache abzuändern, wenn das echte Vorbild (Modell) selbst eine Umgestaltung erfahren soll. Und wir haben ja Eingangs gehört, dass das Papiergeld nur das Surrogat (nachgebildete Waare, die die echte ersetzen soll) der in dem betreffenden Lande im Umlauf befindlichen klingenden Münze in Gold- oder Silberwährung sei.

Der vom Bundesrathe unter dem 9. December 1869 gefasste Beschluss: die Ordnung des Münzwesens der gesetzlichen Regulirung der Ausgabe von Staatskassenscheinen der Norddeutschen Bundesstaaten vorangehen zu lassen, kann daher nur gebilligt werden, wenn freilich auch die Lösung der letztgenannten Angelegenheit hierdurch verzögert wird.

Wir sagten schon oben, dass die gleichmässig mit im Vordergrund tretende Bankfrage dazu beitrage, die Lösung der Staatspapiergeldfrage zu erschweren, wenn auch nur in geringerem Grade als die Münzfrage. Banknoten und Staatspapier-

geld stehen nämlich in gewisser Beziehung in einem so engen Zusammenhang,<sup>20</sup> dass man sich eigentlich die Lösung der einen Frage ohne die andere nicht gut denken kann; dies wäre namentlich dann der Fall, wenn beliebt würde, wie vielfach vorgeschlagen und gewünscht wird, das Staatspapiergeld durch kleine Noten der Zettelbanken zu ersetzen oder wenn eine andere Münz- und Rechnungseinheit eingeführt werden sollte.<sup>20</sup>

Ausserdem gibt es aber noch viele andere Schwierigkeiten, die sich einer glatten und schleunigen Lösung der Norddeutschen Staatspapiergeldfrage entgegenstellen. So ist es zunächst die ungünstige finanzielle Lage der meisten Bundesglieder, sodann auch das noch auf schwachen Füßen stehende Finanzwesen des Bundes selbst, ein zu grosses Hinderniss, um diese Angelegenheit durch das correcteste und gleichzeitig acuteste Mittel zum Austrag zu bringen, nämlich durch Fundirung der schwebenden Schuld in eine verzinsliche Anleihe. Sodann ist wiederum die ungleiche Vertheilung der Papiergeldschuld auf die einzelnen Staaten ein neuer Stein des Anstosses. Wie bereits bemerkt, haben einzelne Bundesglieder gar kein Papiergeld emittirt, andere wenig, die Mehrzahl viel, oft zu viel. Da ist eine Ausgleichung schwer, zumal wenn über den wichtigen Punkt keine Einigkeit herrscht, wie gross der Umlauf von Staatspapiergeld per Kopf der Bevölkerung sein darf.<sup>21</sup> Nehmen wir, wie es häufig geschieht, den Betrag von 1 Thaler, so

<sup>20</sup> System der deutschen Zettelbankgesetzgebung von Dr. A. WAGNER, S. 193.

<sup>21</sup> Dr. A. WAGNER rügt in seinem in Note 20 erwähnten Werke, dass in Deutschland das Kopfquotenprincip häufig falsche Anwendung finde. So z. B. bei dem Norddeutschen Bunde die Regelung gewisser Lasten nach der Kopffzahl und auch bei der Bankstatistik die Festsetzung der Maximalhöhe des Notenumlaufes von so und so viel Thalern Banknoten per Kopf. Genannter Autor bezeichnet das Kopfquotenprincip in vielen Fällen als theoretisch falsch und praktisch unzulässig (s. S. 189 und 216). Vorläufig muss man freilich, so lange nichts Besseres allgemein eingeführt wird, die alte Norm bei dergleichen Schätzungen beibehalten.



entfielen auf den Norddeutschen Bund in runder Summe 30 Millionen Thaler, es müssten also nahezu an 13 Millionen Thaler aus dem Verkehr gezogen werden. Je mehr diese Frage ventilirt werden wird, desto mehr neue Bedenken werden auftauchen und, wie auch einst dieselbe gelöst werden wird, auf Opfer von der einen oder anderen Seite werden alle Staaten mehr oder weniger sich gefasst machen müssen.

#### Betrachtungen über die Ordnung des Münzwesens innerhalb des Norddeutschen Bundes.

Wir haben schon oben betont, dass bei der Regulirung des Norddeutschen Staatspapiergeldes gleichzeitig auch die Reform des Münzwesens in Norddeutschland einen grossen Einfluss zu haben berufen ist. Es dürfte daher wohl angemessen erscheinen, ehe wir auf die Besprechung der Mittel und Wege zur Lösung der Papiergeldfrage selbst übergehen, einige Betrachtungen über die in Bälde ihrer Regelung entgegensehenden Münzfrage voranzuschicken.

Schon allein die Thatsache, dass gegenwärtig noch innerhalb des Norddeutschen Bundesgebietes 5 verschiedene Münzsysteme<sup>22</sup> gesetzliche Geltung haben, ist Grund genug, die Herbeiführung einer Münzeinheit für diesen Staatencomplex nicht nur für wünschenswerth, sondern auch für durchaus nothwendig zu erachten. Dieses Ziel zu erreichen, dürfte an und für sich selbst keine so schwierige Aufgabe sein, wenn nicht

<sup>22</sup> Nämlich der Dreissig-Thaler-Fuss, der Thaler eingetheilt in Groschen, der Groschen in 12 Pfennige oder in 10 Pfennige, der Thaler eingetheilt in 48 Schillinge à 12 Pfennige, der Thaler eingetheilt in 2 $\frac{1}{2}$  Mark Courant oder 40 Schillinge à 12 Pfennige, die Thaleirgoldwährung (Bremen) und der süddeutsche Münzfuss.

bei einer Lösung derselben die Währungsfrage collidirte. Bekanntlich ist schon seit längeren Jahren und besonders in der jüngsten Zeit wieder gelegentlich der Pariser Münzconferenzen während der Weltausstellung das Streben nach einer allgemeinen Münzeinheit wachgerufen worden. Zur Herbeiführung derselben dürfte aber nur die Goldwährung geeignet sein. Denn das Gold hat nicht nur eine grössere Bedeutung als Werthmesser in den Culturstaaten als das Silber, sondern entspricht den Verkehrsbedürfnissen wegen seines grossen Werthes unter einem kleinem Volumen besser als jenes Edelmetall. Andererseits hat wieder das Silber den grossen Vortheil vor dem Golde voraus, dass es sich für den internen Verkehr viel besser als jenes Werthmetall eignet. Denn der überwiegendste Theil der täglichen Ausgaben beschränkt sich doch auf kleinere Beträge, so dass diese nicht in Gold geleistet werden können. Es müsste also bei einer Einführung der Goldwährung immer noch eine ansehnliche Masse Silber circuliren, um den Bedürfnissen des alltäglichen Verkehrs zu genügen.

Es gibt daher ebenso warme Vertheidiger der Silberwährung, als die Goldwährung eifrige Verehrer hat.<sup>23</sup> Die Anhänger der Silberwährung weisen namentlich auf das holländische Münzwesen als eines der bestorganisirten hin, wo mittelst Gesetzes vom 26. November 1847 die reine Silberwährung eingeführt wurde.<sup>24</sup> Ebenso sind die Ansichten sehr darüber

<sup>23</sup> Der Werth einer internationalen Goldwährung für den Welthandel scheint uns von einigen Seiten doch überschätzt zu werden. Eine einheitliche Goldmünze würde hauptsächlich nur für den persönlichen Verkehr in fremden Ländern eine sehr wichtige Errungenschaft sein. Was aber den Welthandel betrifft, so wird dieser, mit Ausnahme von Asien, wo Gold oder Silber als Ausgleichsmittel noch auf lange Zeit hinaus unumgänglich nothwendig bleiben wird, doch voraussichtlich immer mehr und mehr ohne Contanten und fast ausschliesslich mit Wechseln und anderen Creditpapieren geführt werden.

<sup>24</sup> Dr. KIEHL führt in seinen Anfangsgründen der Volkswirtschaft an, was COCHUT in seiner Abhandlung „L'or en 1854“, Rev. d.



verschieden, ob einer einheitlichen Währung (Gold oder Silber) die Doppelwährung (Gold und Silber) vorzuziehen sei etc. Im Allgemeinen und namentlich von Männern der Wissenschaft wird der einheitlichen Währung der Vorrang eingeräumt, obgleich man die Doppelwährung nicht unbedingt verwirft und ihr sogar als geeignete Uebergangsform zur Goldwährung eine vollständige Anerkennung zu Theil werden lässt.

Wenn man von der Annahme ausgeht, dass die Bestrebungen für eine internationale Münzeinheit zum Ziele führen, was auch jetzt glaubhafter ist, wie vor einiger Zeit, da der Staatsrathspräsident PARIEU, einer der eifrigsten Fürsprecher für eine internationale Münzreform, Mitglied des Ministeriums Ollivier geworden ist, so würde für das Gebiet des Norddeutschen Bundes die Einführung der Doppelwährung<sup>26</sup> und als Münz- und Rechnungseinheit der Gulden (österreichisch) sich empfehlen.

Es ist freilich bei diesem Vorschlage zu berücksichtigen, dass man in Norddeutschland, namentlich in Preussen, von dem dort eben so traditionell gewordenen „Thaler“<sup>27</sup> eben so ungern lassen würde, als der Franzose von seinem Franken. Der Thaler schmiegt sich aber dem Frankensysteme zu wenig an und die neu zu schaffende Goldmünze müsste doch, um für den

---

2. M. 15 févr. 54, über dieses Münzgesetz sagt: „Le système hollandais est le plus normal et dans les circonstances actuelles le plus prudent qui soit au monde.“

<sup>25</sup> Neuerdings scheint man der Doppelwährung überhaupt mehr Sympathien zuzuwenden und sie nicht so zu verwerfen, als dies früher der Fall war. Irren wir nicht, so wurde vor einigen Monaten lebhaft in der Kölnischen Zeitung für die Doppelwährung plaidirt.

<sup>26</sup> Auch XELLER, gewiss eine bedeutende Autorität in Sachen der Münzfrage, empfiehlt in seiner Schrift über die Reform des Deutschen Münzwesens die zeitweise Einführung der Doppelwährung als geeignetes Mittel, den Uebergang von der Silber- zur Goldwährung zu bewirken.

<sup>27</sup> „Die Welt ist rund, wie der preussische Thaler“, sagt das Sprichwort.

internationalen Verkehr geeignet zu sein, wie allseitig empfohlen wird, einen Werth von 25 Franken haben, wodurch sie auch dem englischen Sovereign und dem amerikanischen 5 Dollarstück entsprechen würde, vorausgesetzt, dass eben genannte Goldmünzen in ihrem Gehalte ein wenig modificirt würden. Dieser Schwierigkeit liesse sich aber begegnen, wenn man dem als Münz- und Rechnungseinheit dienenden Gulden die officiële Bezeichnung „Neuthaler“ beilegte. Mit der Zeit und mit dem allmählichen Verschwinden der alten Thalerstücke aus dem Verkehre würde im Sprachgebrauch das Wort Neuthaler nach und nach wieder aufhören und dem alt bekannten Ausdruck Thaler wieder Platz machen.

In Berücksichtigung, dass in späterer Zeit auch Norddeutschland zur einheitlichen Goldwährung übergehen wird, muss bei der gegenwärtig bevorstehenden Reform jedes tiefere Eingreifen in die bestehenden Münzverhältnisse möglichst vermieden und das Neue möglichst an das Alte angepasst werden. In dieser Beziehung soll eben die Einführung der Doppelwährung nur als eine Uebergangsstadie von der reinen Silberwährung zur reinen Goldwährung anzusehen sein. Für den Norddeutschen Bund wird es auch nothwendig sein, die beabsichtigte Reform möglichst bald und rasch durchzuführen. Denn eine Münzeinigung innerhalb des Bundes würde auch eine politische Bedeutung haben, Süddeutschland würde dann wohl nicht umhin können, dasselbe System zu acceptiren.

Die Durchführung der Münzreform liesse sich nun in folgender Weise ermöglichen.

Vom 1. Januar 1872 besteht für den Norddeutschen Bund die Gold- und Silberwährung als alternatives Zahlungsmittel.

Die Münz- und Rechnungseinheit bildet der Neuthaler (Gulden) in 20 Neugroschen und 200 Pfennige eingetheilt.<sup>28</sup>

<sup>28</sup> Eine Eintheilung des Neuthalers in 100 Cents oder Kreuzer möchten wir nicht empfehlen. Im bürgerlichen Verkehr wird eine Zwischenstufe



In Gold werden ausgemünzt:

a) Das 10 Neuthalerstück (10 Gulden) im Rohgewicht von 8,06451 Gramm zu 900 Millièmes Feingehalt mit 24 Millimeter Durchmesser und mit cannelirtem Rand.<sup>29</sup> Auf der Vorderseite dieser Goldmünze befindet sich ein Adler, welcher in seinen Klauen ein Band mit der Inschrift „X Neuthaler“ hält, unter dem Adler das Jahr der Ausmünzung in arabischen Ziffern. Als Umschrift Norddeutscher Bund und die Bezeichnung des Theilverhältnisses zum Pfund Gold fein. Auf der Rückseite in der Mitte ein Eichenkranz, in demselben die Schrift  $\frac{X \text{ Neuthaler}}{25 \text{ Francs}}$ , darüber die Umschrift Internationale und unten der Name des ausmünzenden Landes, z. B. Königreich Preussen.

b) Das 5 Neuthalerstück (5 Gulden =  $12\frac{1}{2}$  Francs)<sup>30</sup>.

In Silber wird ausgemünzt:

a) Das ein Neuthalerstück (Gulden) und zwar 45 Neuthaler = ein preussisches Pfund fein Silber (also dem österreichischen Gulden entsprechend).

b) Das Viertel-Neuthaler- (Gulden-) Stück und zwar

zwischen der grossen und kleinsten Geldsorte geliebt, rechnet man doch noch heutigen Tages in Frankreich viel nach Sous; man spricht dort von 4 Sous und nicht von 20 Centimes. Auch lehnt sich die obige Eintheilung ganz dem Bestehenden an und entspricht doch auch dem Decimalsystem. Eine internationale Gleichheit der Silber- und Scheidemünzen ist auch nicht nöthig. XELLER hält diese Gemeinschaft sogar für schädlich.

<sup>29</sup> Eine gleiche Goldmünze 10 Gulden = 25 Franken kann Oesterreich vom 1. Januar 1870 ab prägen gemäss der zwischen Frankreich und Oesterreich geschlossenen Präliminar-Convention vom 31. Juli 1867. — Vielleicht dürfte es sich empfehlen, diese Münze Adler (Eagle) zu nennen, weil dieselbe dann auch im Namen dem Half Eagle (5 Dollarstück) entsprechen würde (s. oben).

<sup>30</sup> Kleinere Goldmünzen zu prägen dürfte sich nicht empfehlen. Die kleinen Münzen gehen leicht verloren und können leicht nachgeahmt werden. In Nordamerika z. B. ist man längst davon abgekommen, kleine Goldstücke auszuprägen. (Vergl. NOBACK's Münzwesen.)

dass  $93\frac{3}{5}$  Viertel-Neuthaler ein preussisches Pfund fein Silber wiegen.

Als Scheidemünze werden ausgeprägt:

$$\begin{array}{l} \frac{1}{10} \text{ Neuthaler} = 2 \text{ Neugroschen} \\ \frac{1}{20} \text{ Neuthaler} = 1 \text{ Neugroschen} \end{array} \left\{ \begin{array}{l} \text{in Silber} \end{array} \right.$$

und 5 Pfennigstücke in Bronze und 2 und 1 Pfennigstücke in Kupfer.

Um das Gold möglichst in den Verkehr zu ziehen, dürfte sich die Ergreifung folgender Maassregeln empfehlen.

a) Beschränkung der Ausprägung von Silbermünzen auf den allernothwendigsten Bedarf während der ersten drei Jahre nach Erlass des Münzgesetzes und dagegen starke Ausmünzungen von 10 und 5 Neuthalerstücken in Gold.

b) Baldige Einziehung der jetzt innerhalb des Norddeutschen Bundes noch circulirenden Goldmünzen früherer Ausmünzungen, als Kronen, Friedrichsd'or, Pistolen etc. behufs Umschmelzung in die neue Goldmünze. Zur Erleichterung der Rückströmung in die Staatskassen würde die Festsetzung eines hohen festen Kassenkurs auf eine kurze Zeitdauer sich zweckmässig erweisen.

c) Die Annahme der französischen 20 Frankenstücke an allen Bundes- und Landeskassen zu einem festen allmonatlich öffentlich bekannt zu machenden Kurse und Wiederausgabe derselben bei Zahlungen zu gleichem Kurse, wie dies schon von dem Heidelberger Handelstag seiner Zeit vorgeschlagen wurde. Desgleichen Annahme des neuen österreichischen 8 Guldenstückes und des französischen Internationale (so heisst das neu auszuprägende 25 Frankenstück), letzteres zum festen Kurs von 10 Neuthalern.

Als sonstige bei Durchführung der neuen Münzordnung anzuordnende bleibende und transitorische Maassregeln würden folgende zu erwähnen sein:

1) Beibehaltung der Ein- und Zweithalerstücke des 30 und



des 14 Thalerfusses, soweit letztere noch im Verkehr sind, bis auf Weiteres. Desgleichen der  $\frac{1}{3}$  Thaler- und  $\frac{1}{6}$  Thalerstücke, der 2 und 1 Silber- und Neugroschen, der Kupferscheidemünzen.

2) Allmählich einzuziehen sind die Theilstücke in Silber und Kupfer der Thalergoldwährung, des Fünf und Siebzigmargfusses und die in den beiden Mecklenburgs und Lauenburg geltenden Schillinge, ferner (durch Sachsen) die sogenannten polnischen Achtgroschenstücke mit dem ehemaligen polnisch-sächsischen Wappen. Endlich die  $2\frac{1}{2}$  Silbergroschenstücke und Silbersechser.

3) Tarifrung der bis auf Weiteres im Verkehr bleibenden, sowie der binnen einer gewissen Frist gänzlich ausser Umlauf zu setzenden Münzen.

4) Gesetzliche Feststellung der bei Einführung des neuen Münzsystems in Frage kommenden Rechtspunkte in Bezug auf Verträge, Rechnungen etc.

5) Rechtzeitige Publication der auf die neue Rechnungseinheit zu reduzierenden staatlichen Tarife, Gebühren, Taxen etc. vor Einführung des neuen Münzsystems.

6) Gleichzeitige Einführung der neuen Rechnungseinheit bei allen öffentlichen Kassen, bei den Banken, Aktiengesellschaften zum 1. Januar 1872.

7) Bestimmung, dass die Valuta aller nach Publication des Münzgesetzes ausgestellten und erst nach dem 1. Januar 1872 fällig werdenden Wechsel, kaufmännischer Anweisungen, Checks etc. bereits auf Neuthalerwährung laute.

8) Für Frankfurt a. M. liesse sich die Beibehaltung des  $52\frac{1}{2}$ -Guldenfusses auf so lange empfehlen, bis Süddeutschland sich an das Norddeutsche Münzsystem angeschlossen oder sonst Aenderungen in seinem bisherigen Münzwesen getroffen hat.

## Die Mittel und Wege der Lösung der Norddeutschen Papiergeldfrage.

Es ist eine alte, aber wahre Regel: Was du machst, mache ganz! Diese Regel gilt auch hier. Man könnte es als ein Nationalunglück beklagen, wenn gerade bei dieser Gelegenheit, wie so häufig, nur halbe Maassregeln ergriffen würden.

So könnte es nur als ein Flickwerk anzusehen sein, wenn man das Staatspapiergeld der Einzelstaaten als Solches bestehen liesse und höchstens die schlimmsten der oben angeführten Uebelstände durch ein Bundesgesetz beseitigte. Es würde dann durch ein solches Gesetz nicht einmal so viel erreicht werden können, den einzelnen Regierungen die Befugniss einer beliebigen Vermehrung ihrer Papiergeldschuld abzuschneiden. Sobald man nicht das gesammte umlaufende Papiergeld für eine Bundesschuld erklärt, würde überhaupt ein solches Verbot — vielleicht nicht mit Unrecht — als ein Eingriff in die Hoheitsrechte der einzelnen Bundesmitglieder anzusehen sein.

Nun bietet aber der Umstand, dass eine Abänderung der gegenwärtigen Bankgesetzgebung in Norddeutschland mit 31. December 1871 ins Leben treten kann — indem an diesem Tage der Termin abläuft, bis wohin die preussische Staatsregierung auf die Befugniss verzichtet hat, die Ordnung der preussischen Bank abzuändern und den Bankeignern ihr eingeschossenes Kapital zurückzuzahlen — eine Gelegenheit zur gleichzeitigen Lösung der Staatspapiergeldfrage wie günstiger sie sich kaum sobald wieder bieten dürfte.

Wir glauben nun uns deutlicher zu machen, wenn wir unsern grösstentheils auf der Basis einer gleichzeitigen Reform der Bankgesetzgebung beruhenden Vorschlag zur Lösung der Staatspapiergeldfrage in der übersichtlichen Form eines Gesetzesentwurfes darlegen und an denselben unsere näheren Erörterungen (Motive) anreihen.



**Gesetz „die Regelung des Staatspapiergeldwesens  
im Norddeutschen Bunde“ betreffend.**

Art. 1. Das Recht der einzelnen Bundes-Staaten zur Ausgabe von unverzinslichem Staatspapiergeld wird aufgehoben.

Art. 2. Die nach der Anlage zu diesem Gesetze gegenwärtig bestehende Papiergeldschuld der einzelnen Bundesstaaten im Gesamtbetrage von . . . Thalern wird hiermit zu einer gemeinsamen Bundesschuld erklärt.

Art. 3. Die Tilgung dieser nunmehrigen Bundesschuld beginnt am 1. Januar 1872 aus einem zu diesem Zwecke von dem Bundes-Kanzleramte zu bildenden Tilgungsfonds von 2% jährlich, wozu jeder der bisher mit einer Papiergeldschuld belasteten Staaten pro rata seines beim Erlass dieses Gesetzes vorhandenen Schuldbetrags beizutragen hat. Ausserdem fliessen diesem Fonds der in Art. 4 dieses Gesetzes erwähnte Beitrag der Preussischen Bank (und anderen Banken s. u.) von jährlich . . . Neuthalern zu. Seitens der betreffenden Bundesmitglieder resp. der Bank hat die Abführung der antheiligen Quoten resp. des Beitrags zum Amortisationsfonds bis spätestens zum 31. December jeden Jahres zu erfolgen.

Art. 4. Das Bundes-Kanzleramt wird ermächtigt, den anliegenden mit der Preussischen Bank (resp. mit . . . . . Banken s. u.) abgeschlossenen provisorischen Vertragsentwurf vom . . . . . betreffend den Abschluss eines Uebereinkommens zwischen dem Bundes-Kanzleramte und der preussischen Bank über die Einziehung von . . . . . Thalern Staatskassenanweisungen gegen Aushändigung von Banknoten in gleichem Betrage etc. definitiv abzuschliessen.

Art. 5. Behufs Fundirung dieser Banknoten wird das Bundes-Kanzleramt ermächtigt, unverzinsliche Certificate

gemäss des diesem Gesetz beigelegten Schemas in Abschnitten von 10,000 Neuthalern, bei Präsentation des Inhabers (nach Sicht) bei der Haupt-Bundeskasse (beziehentlich der Königl. Preussischen Staatsschuldentilgungskasse) in Berlin in Metall zahlbar, auszufertigen und der Verwaltung der Bank gegen Einhändigung der eingezogenen Staatskassenscheine auszuliefern. Die Tilgung dieser Certificate erfolgt alljährlich am 2. Januar, zum 1. Male 1873, aus dem zu diesem Zwecke von dem Bundes-Kanzleramte zu bildenden Tilgungsfonds (s. o. Art. 3).

Gegen Empfang der jährlichen Amortisationsquoten hat die Bank Zug um Zug einen gleichen Nominal-Betrag von Certificaten der Bundesverwaltung behufs Cassation zurückzugeben und ist verbunden, einen gleichen Betrag von Noten ebenfalls am nämlichen Tage in den auf Grund des Vertrags von . . . . ausgegebenen Appoints von 1, 3 und 6 Neuthalern unter Aufsicht eines Bundescommissärs und in Beisein eines Notars durch Feuer vernichten zu lassen. Es ist der Bankverwaltung aber gestattet, für den Betrag der vernichteten Noten einen gleichen Betrag in Appoints von 10 Neuthalern auszugeben, für welche sie aber bankmässige Deckung nach dem Bundesgesetze vom . . . 187. zu bestellen hat.

Die Bank ist berechtigt für den Fall, dass die Seitens der Bundesverwaltung zu leistenden Amortisationsbeiträge nicht rechtzeitig an die Bankkasse abgeführt werden, von den in ihrer Verwahrung befindlichen Certificaten einen der fälligen Amortisationsquote entsprechenden Betrag der Bundeskasse zur Einlösung zu präsentiren.

Art. 6. Die auf Grund des Vertrags von . . . . und Art. 5 dieses Gesetzes von der Bank auszugebenden Noten bilden innerhalb des Gebietes des Norddeutschen Bundes ein gesetzliches Zahlungsmittel und werden bei allen Kassen des



Norddeutschen Bundes und bei allen Staatskassen der Bundesstaaten zum Nennwerth in Zahlung genommen und bei den in der Ausführungsverordnung zu diesem Gesetze (s. Art. 7) speciell bezeichneten Kassen, jedoch nur in Beträgen von 1000 Neuthalern ab gegen Metallgeld umgetauscht. Auf Verlangen der Inhaber ist die Bank verpflichtet, an ihrer Hauptkasse die Noten zu jeder Zeit in Gold oder Silber einzulösen und nach Anordnung des Bundes-Kanzleramtes mindestens 6 Einlösestellen innerhalb des Bundesgebietes einzurichten.

Art. 7. Das Bundes-Kanzleramt wird ermächtigt, die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verordnungen zu erlassen. Diese Befugniß soll sich auch auf Feststellung einer Präklusivfrist erstrecken, bis wie lange die einzuziehenden Staatskassenscheine an den Bundes- und Landeskassen in Zahlung anzunehmen sind.

Art. 8. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1872 in Wirksamkeit.

Wir lassen nun zu den einzelnen Artikeln dieses fingirten Gesetzentwurfes nachstehende Erläuterungen folgen.

Art. 1. Die Forderung, dass der Einzelstaat zu Gunsten des Bundes auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete auf die Ausübung eines Hoheitsrechtes verzichten soll, entspricht nur dem Charakter unserer Zeit, welche für grosse Gebiete eine gemeinsame Staatswirtschaft verlangt. So wird der Einzelstaat im Norddeutschen Bunde auch künftig das Münzhoheitsrecht fallen lassen müssen. — Es würde zu erwägen sein, ob dem einzelnen Bundesmitgliede nicht die Befugniß vorbehalten bleiben soll, zur Beseitigung localer Nothstände oder bei eintretenden Handelskrisen Darlehnsanstalten zu errichten mit der Ermächtigung, auf kurze Zeit unverzinsliches vom Staate garantirtes Papiergeld ausgeben zu können. — Sodann wäre es vielleicht auch angezeigt in einem Zusatz zu Art. 1. die Bestimmung auf-

zunehmen, dass ferner keine Privatperson, Korporation oder Aktiengesellschaft befugt sein solle, Papiergeld oder dem ähnliche Surrogate auszugeben.

Art. 2. Durch Uebernahme der Papiergeldschuld der Einzelstaaten auf den Bund werden einzelne Staaten, z. B. Sachsen, Anhalt etc. sehr entlastet werden. Die Staaten, die bis jetzt kein Papiergeld ausgegeben haben, können unter dieser Bevorzugung nicht leiden, da sie auch nichts zur Tilgung derselben beizutragen haben. Auch ist der Fall kaum denkbar, dass der Bund nicht im Stande sein sollte, die jährlichen Amortisationsquoten zur Tilgung der Certificate (Art. 5) von den Einzelstaaten eintreiben zu können, da er einerseits Beschlag auf die antheiligen Zolleinkünfte etc. legen kann und anderseits befugt ist, die Reste executivisch einzutreiben. Ob die Oldenburgische bereits in Banknoten fundirte Papiergeldschuld und die verzinslichen Mecklenburgisch-Schwerinsche Rentenscheine (s. o. S. 13) von der Aufnahme als Bundesschuld (s. Art. 2) nicht überhaupt auszuschliessen sein dürften, bliebe zu erwägen.

Art. 3. Die Tilgung der Bundespapiergeldschuld ist schon aus Gründen einer gesunden Volkswirtschaft geboten. Dass der Bund nicht als Ganzes die Amortisationsquote aufbringt, sondern die entlasteten Staaten pro rata ihres ursprünglichen Schuldenbetrags, dürfte nur der Billigkeit entsprechend sein. Auch ist die vorgeschlagene Quote von 2% so niedrig bemessen, dass deren Aufbringung keinem Staate zu schwer fallen kann. Fraglich bleibt es aber, ob nicht der Procentsatz zu erhöhen sein würde, um die Tilgung zu beschleunigen.

Art 4. Dass der Bund nicht selbst die Bundeskassenscheine ausgiebt, sondern die Emission derselben durch eine Bank in „Banknotenform“ besorgen lässt und ihr auch die Verwaltung und Tilgung derselben überlässt, ist keine neue Maassregel. Wir haben dieselbe Operation in Oesterreich, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in mehreren anderen



Ländern <sup>31</sup> durchführen sehen. Freilich stets mit Verlust für den Inhaber, sobald der betreffende Staat zu viel Papiergeld emittirt hatte. Der Ersatz von Staatspapiergeld durch Banknoten empfiehlt sich schon allein aus dem Grunde, weil dann künftig nicht mehr zweierlei Geldpapierzeichen im Verkehr sein würden. Auch ist ferner zu beachten, dass, wenn der Norddeutsche Bund selbst Papiergeld ausgiebt, für ihn die Gefahr nahe läge (wie es fast allen grossen Staatspapiergeld ausgebenden Staaten gegangen ist), dadurch in jene heillose Finanzwirthschaft hinein zu gerathen, welche man mit „Papiergeldwirthschaft“ zu bezeichnen pflegt. Sollte der Bund einen grösseren Krieg zu führen bekommen, so wäre sodann auch für ihn die Versuchung zu nahe, die Staats-Notenpresse weiter arbeiten zu lassen, und er könnte dann leicht seine Staatspapiergeldschuld zu einer schwindelhaften Höhe anwachsen sehen.<sup>32</sup> Auch haben Autoritäten in der Bankwissenschaft, z. B. die Professoren WAGNER und NASSE,<sup>33</sup> wiederholt auf die Vorzüge hingewiesen, die es habe, wenn ein Staat in die Nothwendigkeit geräth Staatspapiergeld zu emittiren, dass dies durch die Vermittelung einer grossen Bank und nicht durch die Staatsregierung selbst geschehe. Dass Oesterreich neulich ungekehrt operirt und Banknoten in Staatsnoten gewandelt hat, ist ein Novum in der Finanzgeschichte der modernen Kulturstaaten, welches aber wohl kein anderer Staat als Norm betrachten wird. Auch Preussen hat bereits 1856 einen grossen Theil seiner Papiergeldschuld

<sup>31</sup> Z. B. in Norwegen, wo 1815 39 Millionen Thaler Papiergeld durch die Nationalbank eingezogen wurden.

<sup>32</sup> So war es z. B. in Oesterreich. Es betrug dort die erste Papiergeldschuld, welche nach dem 7jährigen Kriege im Jahre 1784 wieder gemacht wurde, 20 Mill. fl. und 24 Jahre später war dieselbe auf nahezu 995 Mill. fl. angewachsen. (Vergl. A. MOSER's Kapitalanlage S. 45.)

<sup>33</sup> Namentlich Ersterer in seinem bereits citirten und oft von uns benutzten Werke und Letzterer in seiner Schrift über die Preussische Bank S. 48.

durch die preussische Bank convertiren lassen, freilich in anderer Weise, als wir es vorgeschlagen haben, nämlich durch Fundirung einer verzinlichen Schuld. Eine solche Finanzoperation kann aber nur bei einer so günstigen Finanzlage, wie sie sich eben Preussen im Jahre 1856 zu erfreuen hatte, vorgenommen werden (s. a. o. S. 27). Einige Schriftsteller stellen den preussischen Vorgang als mustergiltig dar.

Wie schon oben bemerkt, wird Ende 1871 der Zeitpunkt gekommen sein, die Bankfrage innerhalb des Norddeutschen Bundes gesetzlich zu regeln. Es wird sich bei Ventilirung derselben thatsächlich nur um zwei Punkte handeln: Centralisation oder Bankfreiheit. Würde man die Bankfreiheit proclamiren — was wir hoffen — so muss doch bezüglich der Notenausgabe immer in der Art eine Beschränkung bleiben, dass das Gesetz den Minimalbetrag regelt, auf welchen die von den Banken auszugebenden Noten zu lauten haben. Wenn wir die im vorigen Abschnitt vorgeschlagene neue Münzeinheit beispielsweise hier festhalten, so würden wahrscheinlich die zu erlassenden Normativbestimmungen über das Bankwesen dahin lauten, dass für die jetzt schon bestehenden Banken der Minimalbetrag einer Note auf 15 Neuthaler, hingegen für jede neu zu errichtenden Bank auf 100 Neuthaler festgesetzt würde. Eine solche Bestimmung würde nur der Gerechtigkeit gegen die länger bestehenden Banken entsprechen und andererseits einen Riegel gegen die sonst bei der Freigebung der Notenausgabe möglicherweise zu erwartende Notenüberschwemmung bilden.<sup>34</sup>

Würde man nun einer Bank gestatten, gegen Einziehung der Staats-Kassenanweisungen Noten von 1, 3 und 6 Neutha-

<sup>34</sup> Die Königlich Sächsische Staatsregierung hatte dem durch Verordnung vom 10. Januar 1867 genehmigten „Leipziger Kassenverein“ auch nur gestattet, Noten in Appoints von 100, 200 und 500 Thalern ausgeben zu dürfen. Diesse Maassnahme ist ein sehr empfehlenswerthes Präjudiz.



lern und nach deren allmählicher Einziehung dergleichen von zehn Neuthalern ausschliesslich auszugeben, so hätte diese Bank ein grosses Vorrecht vor den übrigen Banken. Für dieses ausschliessliche Privilegium, Noten in solchen kleinen Appoints und in einem solchen Betrage ausfertigen zu können, würde der Bank die Verpflichtung der unentgeltlichen Ausfertigung der Noten, die Uebernahme der Garantie, die in Gold und Silber bei der Bankhauptkasse und an gewissen anderen durch das Bundes-Kanzleramt zu bestimmenden Stellen zu jeder Zeit einzulösen und endlich ein Beitrag zur jährlichen Amortisation der Certificate aufzulegen sein.

Gegen diesen Vorschlag liesse sich erwidern, dass in einer Zeit, wo alle Privilegien verschwinden sollen, ein neues Privilegium geschaffen würde. Es ist aber zu beachten, dass auch der Bank (oder den Banken) zum Nutzen des Bundes grosse Lasten auferlegt würden. Eine solche Bank, wie es die Preussische Bank ist, der doch in erster Linie dies Privilegium ertheilt würde, wird auch bei der grössten Bankfreiheit immer ihre Bedeutung behalten.<sup>35</sup> Es würde überhaupt zweckmässig

<sup>35</sup> Man wolle sich nur nicht verhehlen, dass es eine absolute Nothwendigkeit für Norddeutschland ist, eine Bankanstalt zu besitzen, die gleich einer starken Eiche im Walde den hie und da einbrechenden Stürmen widerstehen kann. Nur eine grosse mächtige Bank ist im Stande einen Metallchatz zu halten, der in den Tagen der Noth das Reservoir ist, aus welchem grosse Wirthschaftsgebiete ihren Bedarf decken können. Was wäre wohl im Mai und Juni 1866 aus unseren kleinen Zettelbanken geworden, wenn sie sich nicht direkt und indirekt an die preussische Bank hätten anlehnen können. Diese Bank hat auch in jener Periode das Möglichste geleistet, um ihrem Beruf zu entsprechen. Wir erinnern nur an den damals von ihr mit vielen Kosten bewirkten Ankauf von 44 Millionen Silber (vergl. Geschäftsbericht pro 1866). Und dass das Fortbestehen einer grossen Bank die Existenz vieler kleinen Banken gefährde, ist ein Irrthum, der z. B. schon von Nasse in seiner oben erwähnten Schrift S. 26. widerlegt worden ist, welcher seinerseits sich wieder auf Thornton's Meinung beruft, nämlich, dass die Zahl der Banken am meisten wachsen werde in einem Staate where — a principal bank exists, which, through the necessity imposed on it by its situation, undertakes the task of providing

sein, wie wir hier beiläufig bemerken wollen, dieser Bank die ganzen Kassa- und Geldgeschäfte des Bundes zu übertragen. Der preussische Staat müsste nur sein Einschusskapital mit 1. Januar 1872 zurückziehen, was schon deswegen angezeigt wäre, um der Preussischen Bank ganz und gar den „angeblichen“ Charakter einer „Staatsbank“ zu nehmen.

Was nun die Höhe der die Kassenanweisungen ersetzenden Notenappoints betrifft, so werden die angegebenen Normen zweckentsprechend sein, weil sie eben dazu bestimmt sind, dem Kleinverkehr die einzuziehenden Kassenanweisungen zu ersetzen. Die Appoints à 1 Neuthaler dürften zur Ausgleichung unentbehrlich sein, daher es auch rathsam wäre, dieselben im Betrage von 10 Millionen auszugeben. Was endlich die später zu emittirenden 10 Neuthalerappoints betrifft, so würden diese dem Adler oder 10-Neuthalerstück in Gold = 25 Franken (s. o. S. 32) entsprechen.

Es könnte sich vielleicht aus Gründen der Politik empfehlen, wenn der Bund nicht der Preussischen Bank allein die Einziehung der Kassenscheine sämtlicher Staaten, sondern der Frankfurter und Darmstädter Zettelbank die Einziehung des Grossherzoglich Hessischen, der Leipziger Bank in Gemeinschaft mit der Sächsischen Bank die des Königlich Sächsischen Staatspapiergeldes überliessen.<sup>36</sup>

Art. 5 u. 6. Gegen den hier gemachten Vorschlag, die Sicherstellung oder Deckung dieser Noten nur durch Deponirung

a constant reservoir of gold accessible to every smaller banking establishment. (THORNTON hat 1802 ein Werk über die Natur und Eigenschaft der Creditpapiere in England geschrieben und darin namentlich das Aufblühen der „country banks“ nach dem amerikanischen Kriege geschildert)

<sup>36</sup> Dr. ADOLF WAGNER hält es sogar in seinem hier des Oefteren angeführten Werke für angezeigt, alle Zettelbanken bei der Einziehung von Staatspapiergeld participiren zu lassen, obgleich er schliesslich auch die Uebertragung dieser Operation an eine einzige Bank (Preussische oder Norddeutsche Bank) für praktischer und durchführbarer erklärt. S. 222 und 223.



von unverzinslichen Certificaten des Bundes und nicht durch besondere Baardeckung oder sonst bankmässige Deckung zu bewirken, kann der Einwand geltend gemacht werden, dass diese Deckung eine ungenügende, eine nur eingebildete, in Nothfällen sogar schwer zu realisirende sei. Wir möchten dies bezweifeln. Einmal können diese Noten noch an gewissen speciell zu bezeichnenden Landeskassen gegen Metall umgetauscht werden <sup>37</sup> und andererseits werden dieselben bei ihrem grossen Verkehrsgebiete und in ihrer Eigenschaft als Ersatz für circa 40 Millionen Thaler Staatspapiergeld ein solches beliebtes und nothwendiges Ausgleichemittel im täglichen Leben bilden, dass an ein Rückströmen an die Bankkasse, selbst in kritischen Momenten, in besorgniserregender Weise wenigstens nicht zu glauben ist, also ihre Honorirung in Metall durch die Bank immer zu ermöglichen sein wird. Ausserdem ist noch zu beachten, dass diese Noten nur auf kleine Appoints lauten und ihrer von Jahr zu Jahr weniger werden, in Folge der jährlich vorzunehmenden Vernichtungen, welche, wenn wir die Beiträge der Bank zum Amortisationsfonds nur auf 50,000 Thaler jährlich veranschlagen wollen, nahe an 900,000 Thaler pr. anno betragen werden. Endlich ist zu berücksichtigen, dass ja auch die Bank für ihre eigenen und für die später zu emittirenden 10-Neuthalernoten nach Art. 5. des Gesetzes besondere bankmässige Deckung zu bestellen hat

<sup>37</sup> Es würde überhaupt praktisch sein, diesen Noten zum Unterschied von den eigentlichen Noten der Bank einen besonderen Namen beizulegen — vielleicht „Norddeutsche Bundesstaatsnoten“ — und ausserdem auf der Note noch mit grosser Schrift den Bundesstaat bezeichnen. Z. B. würden die Noten, die für die einzuziehenden 12 Mill. Thlr. Königl. Sächs. Kassenbillets ausgegeben würden, noch den Vermerk „Königreich Sachsen“ erhalten und bei der Königlich Sächsischen Lotteriedarlehnkasse in Leipzig und in Dresden gegen Metall umgetauscht werden können, abgesehen von ihrer Einlösung an den im Art. 6 bezeichneten Bankkassen und ihrer Annahme an Zahlungsstatt zum Nennwerth an allen Bundeskassen und an allen Landeskassen der einzelnen Bundesstaaten.

Dass der Bund jemals in die Lage kommen wird, die Einlösung der Certificate in der angegebenen Weise nicht bewirken zu können, lässt sich ebenso mit Bestimmtheit nicht erwarten; selbst in den Tagen einer schweren Krisis wird er gewiss einen Beitrag von circa 800,000 Neuthalern aufbringen können.

Unser Vorschlag ist auch nicht neu. Er weicht von den schon dagewesenen Fällen nur darin ab, dass wir eine Hinterlegung von unverzinslichen Schuldverschreibungen des Bundes für genügend halten, während z. B. bei der österreichischen Bank, als diese behufs Einziehung des auf Wiener Währung lautenden Papiergeldes im Jahre 1820 Banknoten emittirte, der Staat ebenfalls unveräusserliche, aber mit  $2\frac{1}{2}\%$  zu verzinsende Obligationen als Deckung hinterlegte. Diese Papiere durfte die Bank nur dann veräußern, wenn die Staatsregierung ihren zugesicherten Zahlungsverbindlichkeiten nicht nachkam.

Es wäre noch nöthig, einige Worte über die Form der vom Bunde zu deponirenden Certificate zu sagen.

Die Certificate sind von der obersten Bundesverwaltung in einem Gesamtbetrage, welcher der Gesamtsumme der von der Bank einzuliefernden Staatskassenscheine entspricht, unter fortlaufenden Nummern in Abschnitten von 10,000 Neuthalern resp. in Theilbeträgen behufs Ausgleichung auszufertigen. Dieselben haben auf den Inhaber zu lauten und das Zahlungsverprechen bei Sicht durch die Bundeskasse zu enthalten.

Art. 7. Der Bundesverwaltung muss vorbehalten bleiben, die näheren Bestimmungen über den Modus der Einziehung der Staatskassenscheine, ferner über die Art und Weise der Notenausfertigung zu erlassen. Ebenso die Festsetzung eines Präclusivtermines, bis zu welcher Zeit die verschiedenen Staatskassenscheine von den betreffenden Landesstaatskassen in Zahlung zu nehmen sind. In dieser Beziehung dürfte eine Frist von drei Jahren genügen. Und endlich auch die Anberaumung eines



Endtermines, bis zu welchem die Einziehung der Staatsnoten Seitens der Bank (resp. Banken) vollzogen sein müsse.

Art. 8. Aus dem Seite 35 angegebenen Grunde dürfte der 1. Januar 1872 der geeignetste Zeitpunkt sein, dieses Gesetz in Wirksamkeit treten zu lassen.

## SCHLUSSBEMERKUNG.

In den beiden letzten Abschnitten dieser Abhandlung haben wir — wenn auch nur in flüchtigen Contouren — den Versuch gewagt darzulegen, wie zwei der wichtigsten finanziellen Fragen im Norddeutschen Bunde auf eine praktische Weise gleichzeitig zum Austrag gebracht werden könnten, indem wir die Lösung der Münzfrage als Vorbedingung zur Regelung des Staatspapiergeldwesens aufgestellt und wiederum die Ordnung des Letzteren mit einer dritten Frage — mit der Bankfrage — in Connex gebracht haben.

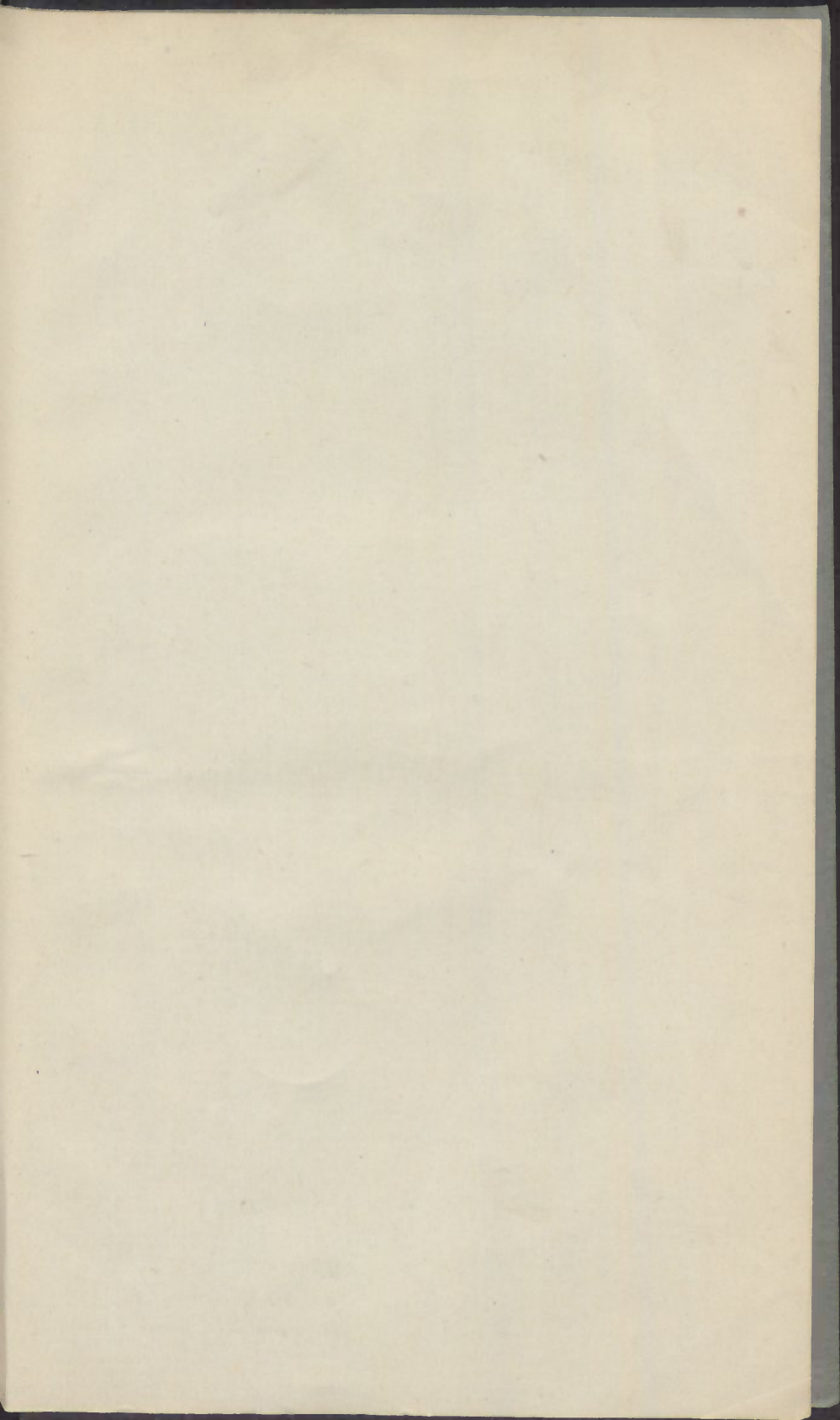
Es wäre von uns vermessen, wenn wir behaupten wollten, der von uns befürwortete Weg sei der nächste und bequemste „nach Rom“. Viele Strassen führen zu einem weiten Reiseziele und der Wanderer würde auch auf der von uns vorgeschlagenen „neuen Route“ eben so gut, wie auf den anderen Strassen, Umwege zu machen und Hindernisse zu überwinden haben. Mit andern Worten gesagt, der Fachmann wird viele unserer Vorschläge zu verwerfen oder wenigstens zu verändern haben, hoffen wir, dass er wenigstens „der Grundidee“ — dem rothen Faden in unserer Skizze — einige Beachtung schenken möge.

Vor Allem aber wünschen wir, dass die gesetzgebenden Faktoren im Norddeutschen Bunde die Staatspapiergeldfrage endgiltig regeln und sich nicht mit halben Maassregeln begnügen mögen. Es gelten auch hier die Worte, mit denen einst die bekannte Autorität Dr. ADOLF SOETBEER einen trefflichen Artikel in der Gegenwart (Band XII) „das Gold“ schloss:



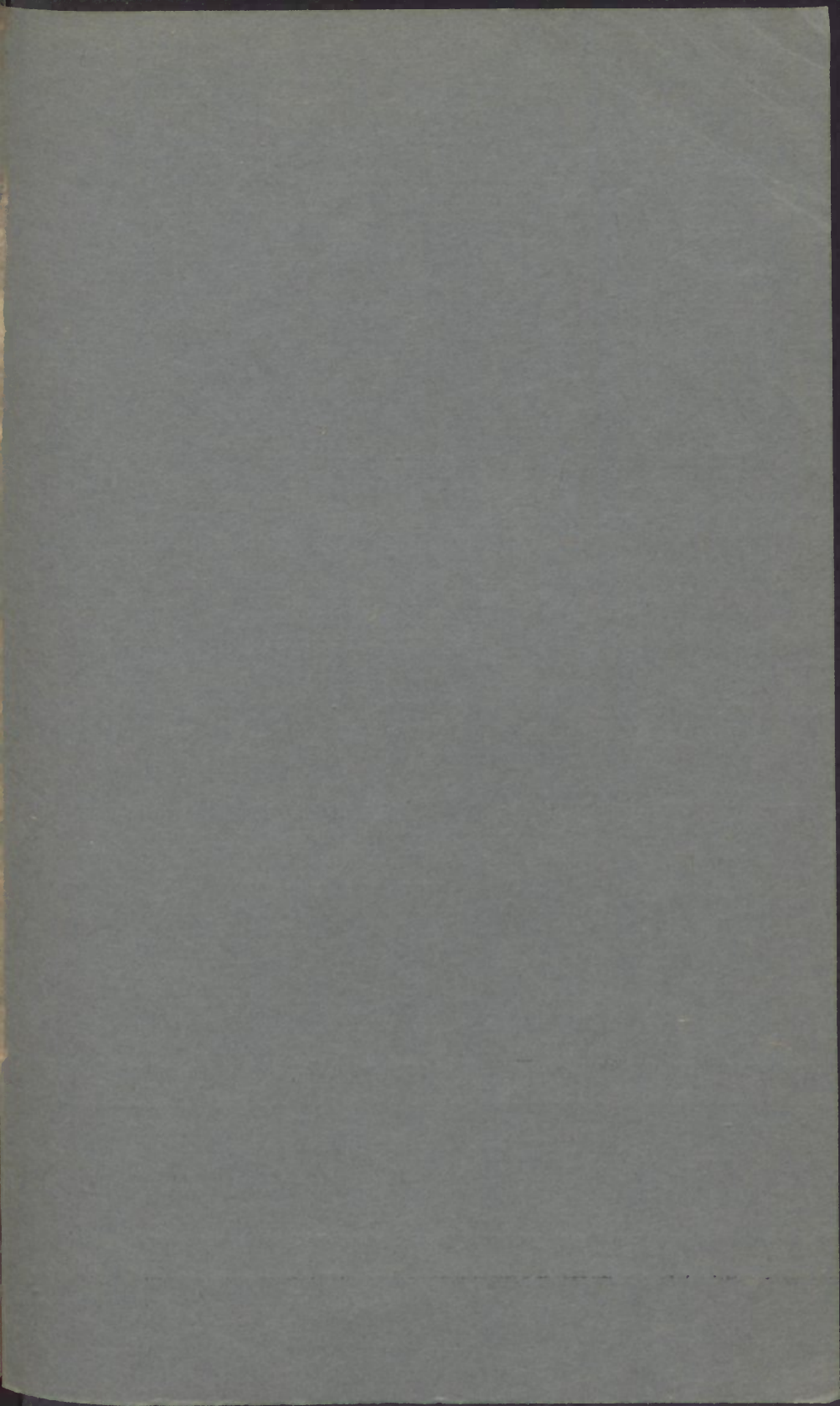
„Bei Münzangelegenheiten kommt es vor Allem auf ebenso umsichtige wie rasche Entschlüsse und deren durchgreifende Ausführung an. Die Schwierigkeiten und Bedenken werden dadurch nicht geringer, dass man ihre definitive Erledigung aufschiebt, sie wachsen vielmehr in auffallender Progression, je länger man zögert.“

Möge der Tag bald anbrechen, wo wenigstens Norddeutschland sich einer einheitlichen Münze und des Wegfalls des gegenwärtigen Staatspapiergeldes zu erfreuen haben wird!

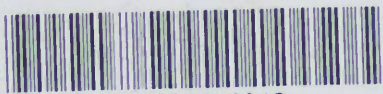




Druck von B. G. Teubner in Leipzig.







206\$01466313